



**Im Schatten** Hessens grüne Umweltministerin Priska Hinz gerät wegen K+S unter Druck

## Salz in die Erde

### K+S

Die Salzabfallentsorgung des Konzerns ruft erneut Staatsanwälte auf den Plan. Für Hessens Umweltministerin könnte das zum Problem werden.

Es war wie ein Weihnachtsgeschenk für den Düngemittelkonzern K+S und seine Bergleute im Kalibergwerk Werra: Das Regierungspräsidium Kassel erlaubte K+S im Dezember, erneut eineinhalb Millionen Kubikmeter Salzlauge pro Jahr unter der hessischen Erde verschwinden zu lassen. K+S hatte zuvor Kalikumpel kurzarbeiten lassen, weil das Werk ohne die für das Trinkwasser eventuell gefährliche Entsorgung nicht voll produzieren konnte. Die Botschaft aus Kassel könnte für Hessens grüne Umweltministerin Priska Hinz ein Nachspiel haben. Dokumente aus der Verfahrensakte zeigen, dass ihr Ministerium umfassend in das Verfahren eingriff und es möglicherweise in eine für K+S günstige Richtung gelenkt haben könnte. So zeigen die Unterlagen, wie das Umweltministerium zwei Fachbehörden ausgebootet hat, von denen Kritik an der Laugenentsorgung zu erwarten war – und wie auf einen unabhängigen Gutachter offenbar Druck ausgeübt wurde.

Der Verdacht zu großer Nähe zwischen Politik und K+S hatte vor zwei Wochen die Staatsanwaltschaft Meiningen auf den Plan gerufen: Polizisten beschlagnahmten für sie Akten im Hessischen Landesumweltamt (HLNUG). Der Staatsanwalt kommentierte das nicht näher. Die hessischen Linken vermuten, dass es sich bei den konfiszierten Akten um kritische Stellungnahmen handeln könnte, die das Umweltministerium zurückgehalten habe. Das Ministerium kommentiert laufende Verfahren „grundsätzlich“ nicht. Zu Ermittlungen gegen „einzelne Mitarbeiter“ lägen „keine Erkenntnisse“ vor.

Die leidige Laugenverklappung hat das Zeug zur unendlichen Geschichte: Schon vor knapp einem Jahr hatte die Staatsanwaltschaft Meiningen wegen Gewässerverunreinigung Anklage gegen K+S erhoben, auch gegen K+S-Chef Norbert Steiner und Aufsichtsratschef Ralf Bethke. Nachdem das Landgericht das Verfahren nicht zuließ, liegt es nun beim Oberlandesgericht Jena. Damals beklagte die Anklageschrift Kumpanei zwischen K+S und Amtsträgern. E-Mails aus dem Verfahren werfen nun die Frage auf, wie weit eine Ministerin in der Sorge um Arbeitsplätze gehen darf.

Ab Sommer 2016 trafen sich Vertreter des Umweltministeriums regelmäßig mit K+S-Leuten in einem Arbeitskreis. Geklärt werden sollten Fragen rund um ein Computermodell, das die Folgen der Versenkung auf das Grundwasser zeigen soll. Das Land Hessen hatte von K+S vor einer weiteren Versenkungsgenehmigung ein solches Modell gefordert. Ab November mischte sich das

Ministerium dann aktiv in das Verfahren beim Regierungspräsidium Kassel ein:

■ In einer Mail vom 15. November an das Regierungspräsidium schrieb ein Ministerialbeamter, das Hessische Landesumweltamt und die gleichgeartete Thüringer Landesanstalt sollten „nicht auf Ebene allgemeiner Fragen“ beteiligt werden. Allgemeine Fragen wie etwa die, wie „plausibel“ das Computermodell überhaupt sei, ließ der Beamte später aus dem Fragenkatalog des Regierungspräsidiums an die Fachbehörden streichen. Nicht nur die Zahl der Fragen, sondern auch die Zeit, die den Fachleuten zur Prüfung der 800-Seiten-Akte zum Computermodell blieb, wollte das Ministerium offenbar verkürzen: „Ich gehe davon aus, dass hierfür eine Woche Prüfzeit ausreicht.“ Das Ministerium setzte sich damit über das Regierungspräsidium Kassel hinweg, das auf Beteiligung der Fachbehörden gedrungen hatte, auf deren „belastbare Stellungnahme“ es angewiesen sei. Es war bekannt, dass die Fachbehörden dem K+S-Computermodell kritisch gegenüberstanden. Schon mehrfach hatte sich das Landesumweltamt zuvor gegen die Versenkung ausgesprochen.

■ Auch einem unabhängigen Gutachter wollte das Ministerium offenbar die Prüfzeit verkürzen. In einer Mail heißt es, es könne „nicht ausgeschlossen werden, dass der Behördengutachter aus verschiedenen Gründen kein Interesse an dem zeitnahen Abschluss“ der Einrichtung der Computersimulation habe. Zudem erhöht der Ministerialbeamte den Druck, indem er auf „eventuelle Schadenersatzansprüche von Seiten Dritter gegen das Land Hessen“ hinweist.

Seltsamerweise gelangte diese E-Mail auch noch zu K+S, das sie im November dem Gutachter präsentierte. Wie K+S an die Mail kam, wollte der Konzern nicht sagen. „Gespräche mit Regierungen der Länder“ seien aber normal, so K+S. Das hessische Umweltministerium möchte die internen E-Mails nicht kommentieren. Laut Ministerium wurde das Modell von „u. a. einem externen Behördengutachter über Monate äußerst sorgfältig geprüft“ und sei „geeignet für eine belastbare Prognoserechnung“. Zudem behauptet das Ministerium, dass das Modell vom Landesumweltamt als „endkalibriert“, also passend, angesehen wurde.

Das verwundert. Denn wegen der kurzen Prüfzeit von nur einer Woche sahen sich die beiden Fachbehörden außerstande, das Modell zu prüfen. Einen Tag vor Heiligabend genehmigte das Regierungspräsidium Kassel dennoch die weitere Versenkung. ■

andreas.macho@wiwo.de | Frankfurt